

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“ / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsförderung Streifen usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepalte Petitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepalte Reklameseile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbegebung unentgeltlich gesendet oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10. — M., das Anzeigen, bezüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 134

Donnerstag, den 12. November 1931

33. Jahrg.

**Die Verunreinigung der Straßen durch Gassäckenbesucher während der Abend- und Nachstunden wird hiermit verboten. Uebertretungen werden künftig strengstens bestraft werden.**

Remberg, den 11. November 1931  
145] Der Bürgermeister als Polizeibehörde.

## 800 000 Deutsche verdrängt.

Von  
F. W. von Dergh.

Ein ausgesandter Kemner der östlichen Verhältnisse, F. W. von Dergh, hat in München bei Georg Müller ein Buch erscheinen lassen: „Das ist Polen!“ Diese Darstellung schildert die Entmischung der Bevölkerung in Polen seit der Begründung des Staates und erzählt die Beweise für schwere Kämpfe gegen Polen, von denen die schwerste der polnische Kampf gegen das Deutschtum ist.

Die Schriftleitung.

Der harmlose und auf die Fortschritt seiner Zeit stolze Europäer des zwanzigsten Jahrhunderts pflegt Dinge wie die Ausrottung der Bevölkerung ganzer Länder als Folgen eines Krieges um einige hundert oder tausend Jahre zurückzulegen. So etwas hat es gewiß einmal gegeben. In der Zeit der Völkerwanderung waren betagliche Menschen eines Siegers vielleicht etwas Natürliches. Aber heute? Im zwanzigsten Jahrhundert kann so etwas doch unter keinen Umständen mehr vorkommen. Man erinnert sich allerdings, daß während des Krieges die türkische Regierung den größeren Teil des armenischen Volkes auf einen schauerlichen Wüstenhaufen schickte, bei dem weil über eine Million Menschen den Tod fanden. Man hat sich auch nicht vergehen, daß ein gigantischer Bevölkerungsanstieg den Abschluß des türkisch-griechischen Krieges von 1922 bis 1923 bildete. Aber diese beiden Tatsachen sind irgendetwas dem Gefühl des Europäers entriekt. Es spielt da etwas von der Vorstellung Afriens hinein, und der Mensch des Westens kann zu diesen historischen Ereignissen kein richtiges inneres Verhältnis finden.

Aber der Europäer sollte nicht vergessen, daß es keineswegs notwendig ist, bis nach Asien zu gehen, um Vorgänge zu studieren, die im Erfolg, wenn auch vielleicht nicht in der Methode, dem entsprechen, was sich eigenartiger Völkerwanderung anziehen genügt ist. Man weiß selbst in Deutschland viel zu wenig von der Tatsache, daß in den nach dem Kriege an das neu errichtete Polen abgetretenen Teilen der preussischen Provinzen Polen und Westpreußen rund 1 200 000 Deutsche lebten, und daß nach zehn Jahren ein polnischer Herrschaft die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten auf etwa 350 000 gesunken ist. Nicht weniger als 500 000 Hektar privaten deutschen Grundbesitzes sind in dieser Zeit in polnische Hände übergegangen, und die Polen können sich heute rühmen, daß die Stadt Posen den allergrößten Prozentsatz aller polnischen Städte an rein polnischer Bevölkerung hat.

In seiner 250. Jubiläumsschrift am 27. Mai 1927 stellt das Liquidationskommissariat fest, daß im Laufe von drei Jahren 4000 ländliche Besitzungen und 2000 städtische und gewerbliche Grundstücke liquidiert worden waren. Der Umfang des auf diese Weise der deutschen Minderheit fortgenommenen Grund und Bodens betrug etwa 200 000 Hektar.

Neben der Liquidierung von angeblich oder tatsächlich reichsdeutschem Grundbesitz spielte die Annulierung von bäuerlichen Siedlungen im Programm der polnischen Verdrängungspolitik eine sehr beträchtliche Rolle. Bei diesen Annulierungen handelte es sich um die Inhaber von bäuerlichen Siedlerstellen, die ihre Besitzungen auf Grund der preussischen Siedlungsgeographie vor dem Kriege erworben hatten. Der polnische Staat hat sich als Rechtsnachfolger Preußens fühlte, nahm für sich das Recht in Anspruch, ohne Annehmung von Fristen und ohne jede Entschädigung alle diejenigen Siedler von ihren Höfen zu verjagen, die infolge des Krieges für ihre Besitzungen noch nicht die gerichtliche Zulassung erhalten hatten. Da während des Krieges in der Verwaltung der preussischen Grundbuchämter durch den Ausfall von Personal teilweise erhebliche Störungen eingetreten waren, hatten annähernd 4000 Bauernhöfe bei der Vernehmung des Gebiets durch Polen die gerichtliche Zulassung noch nicht erhalten. In all diesen Fällen erkannten die Polen die Rechtmäßigkeit des Besitzes nicht an, und die Bauern wurden oft unter Anwendung roher Gewalt kurzzeitig auf die Straße gesetzt. Insgesamt wurden auf diese Weise 3964 deutsche Siedler, deren Besitzungen zusammen etwa 60 000 Hektar Ackerland betragen, von ihrem Besitz verdrängt.

Sobald einer der alten Siedler starb, durften seine Erben den Hof nicht übernehmen. Er verfiel sofort dem polnischen Staat. Daß ein freihändiger Verkauf nur an Polen möglich war, war selbstverständlich, Zahlungen schwebten bei der Internierung des Gebiets den Klagen gegen die polnische Annahme des Wiederkaufrechts. Die juristisch nicht zu halten war. Während dieser ganzen Zeit aber wurde in hundert von Fällen trotzdem von

dem Wiederkaufrecht Gebrauch gemacht. Erst der Abschluß des deutsch-polnische Liquidationsabkommens im Jahre 1929 nahm von etwa 9000 deutschen Siedlerfamilien mit insgesamt rund 60 000 Köpfen den fortwährenden Abdruck, den das Wiederkaufrecht in seiner widerrechtlichen Anwendung durch die polnischen Behörden darstellte.

Die Jahre der polnischen Herrschaft, in denen es gelungen ist, weit über 800 000 Deutsche allein aus zwei Wojewodschaften zu verdrängen, sind an den zurückgebliebenen nicht spurlos vorübergegangen. Diese Menschen, die all das ausgehalten haben, die jeden Tag von neuem den Kampf um ihre Existenz, den Kampf um ihr Deutschtum zu führen haben, sind hari geworden. Wenn einer von ihnen heute auf ein paar Tage oder Wochen ins Reich herüberkommt, dann kann man es verstehen, daß er der inneren Zerrissenheit in Deutschland verständnislos gegenübersteht. Die da draußen bedroht, nur kann einigemmaßen Widerstand geleistet werden kann, wenn alles Trennende zurückgelassen wird und wenn jeder, der die deutsche Sprache spricht, dem anderen hilft, wo immer er nur helfen kann. Da wird nicht viel geredet. Da gibt es keinen Parteistand. Da handelt man deutsch, weil man Deutscher ist und weil es darum geht, das Deutschtum zu erhalten, das Deutschtum, das dieses Land in jahrhundertelanger Arbeit auf eine Kulturschule gebracht hat, die heute nirgendwo im ganzen neuen polnischen Reichs auch nur annähernd erreicht ist.

## Die Offshifemaßnahmen.

Wirtschaftsbelebung und Produktionsförderung.

Berlin, 11. November.

Der Reichsminister des Innern hat im Offshifegebiete Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung sowie zur Senkung der Gütertransportkosten durch Frachterleichterung in den an den Reichsfeindern grenzenden Gebieten und durch Feuerliche Gefahren durchzuführen. Die Mittel für diese Zwecke sind im Haushalt des Reiches sichergestellt. Die Arbeiten werden unter der Entschädigungs- und Stützungsmaßnahmen für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe geleistet, die der Reichskommissar für die Osthilfe betreut.

Es wurden zur Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft, insbesondere der Gewerbe, im Rechnungsjahr 1931 10 Millionen zur Verfügung gestellt.

Aus diesen Mitteln wurde der Bau von Gemeindegewerken, Kanalisationen, Wasserleitungen, Krankenhäusern, Wohlfahrtsvereinen, Matorationen, Wasserregulierungen usw. befristet. Der Betrag ist bis auf einen geringen Rest den Provinzen zugeführt worden und hat zur Milderung der Wirtschaften beitragen können. Aus einem weiteren Fonds des Reichsministeriums des Innern sind

### Klein- und Kleinstwohnungen

in den durch das Wohnungselend besonders hart betroffenen Ostschiffen des Ostens errichtet worden, so in Ostpreußen 516, in Oberhessen 312, in Niederhessen 863, in Brandenburg 36, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 120 Wohnungen.

### Eine Produktionsförderung

erfolgte weiter durch Frachterleichterung für die durch die Schaffung des Reichsfeindern in die unrentierliche Wirtschaften getriebenen ostpreussischen, grenznahen und pommerischen Grenzgebiete.

Es erfolgte ferner eine Senkung der Realsteuern. Hierfür stehen 1931 30 Millionen zur Verfügung. Das Reichsministerium hat das bereits im Vorjahr bestehende Betreuungsgebiet zu erweitern verurteilt.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 1931 für die von dem Reichsministerium des Innern betreute Offshifemaßnahmen rund 60 Millionen RM verbraucht. Vom Haushaltsjahr 1932 ab soll für die Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung eine Erhöhung um weitere 10 Millionen RM eintreten. Die Maßnahmen für die künftigen Haushaltsjahre sollen in einem sogenannten Fünfjahresprogramm niedergelegt werden, das bereits durch die beteiligten Zentralbehörden vorbereitet wird.

## Das Programm der Kleinsiedlung.

Die Richtlinien für die Auswahl der Siedler und die Vergütung der Reichsbarlehen.

Nach den jetzt veröffentlichten Richtlinien für die Erwerbslosensiedlung ist Voraussetzung für die Gewährung von Reichsbarlehen vor allem eine entsprechende Größe der Siedlerstellen, damit die Beschaffung des Lebensunterhaltes durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird und die öffentlichen Fürsorgekosten gelindert werden können.

Als Siedler können nur Erwerbslose oder kurzarbeitende in Frage, die sich freiwillig melden und für die Bewirtschaftung der Stelle geeignet sind. Besonders bevorzugt sollen langfristig Erwerbslose und kinderreiche Familien werden.

Die für die Kleinsiedlung benötigten Grundstücke sollen in erster Linie aus dem Eigenbesitz öffentlicher Körperlichkeiten ohne Aufwand von Barkapital zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen günstig gelegen sein. Die Richtlinien beschäftigen sich dann mit dem Aufbau und der Einrichtung, der Aufbringung der Kosten und den vom Reich dazu gewährten Darlehen.

Diese dürfen den Höchstbetrag von 2500 RM je Stelle in jedem Falle übersteigen. Sie sind dinglich sicherzustellen und mit der Prozent zu verzinsen und ein Prozent zu tilgen. Für die ersten drei Jahre wird der Zinsfuß allgemein auf drei Prozent ermäßigt. Die Verzinsung des Reichsbarlehens beginnt mit dem Anfang des ersten Ernte folgenden Kalenderjahres, jedoch nicht vor Fertigstellung des Gebäudes, die Tilgung nach Ablauf der ersten drei Jahre.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser ist von diesen im Zusammenwirken mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen vorzunehmen.

## Die Siedlungs-Richtlinien.

Berlin, 10. November.

Wie in den Richtlinien für die vorläufige Kleinsiedlung nach mitgeteilt wird, soll die Durchführung des Projekts in die Hände der Gemeinden und Gemeindeverbände gelegt werden. Aus Sparmaßsgründen sollen in erster Linie schon im öffentlichen Besitz befindliche Grundstücke beiseite gelassen werden, die so liegen, daß die Siedler später wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen können.

Die einzelnen Stellen sollen etwa 600 bis 5000 Quadratmeter groß sein und im Wege der Erbpacht, des Erbaurechts oder als Eigentum ähnlich wie Reueigentümern vergeben werden.

Die vorbereitenden Arbeiten und der Aufbau der Siedlungen sollen durch Erwerbslose vorgenommen werden, und zwar durch Gruppen von Arbeitslosensiedlern. Die Gesamtkosten sollen abgesehen vom Grundstückswert nicht über 3000 Mark für jede Stelle hinausgehen. Die Darlehen des Reiches werden höchstens je 2500 Mark betragen und von dem Jahre nach der ersten Ernte an mit höchstens zwei Prozent verzinst und mit ein Prozent rückzahlbar sein. In Ausnahmefällen will das Reich für den Grundstücks-erwerb und für die Einrichtungskosten auch Beiträge übernehmen.

Zunächst stehen etwa 50 Millionen Mark für die vorläufige Kleinsiedlung an Reichsgeldern zur Verfügung.

## Vortrag Schlanges beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den neuernannten Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Schlanges-Schöningen, zur Vereidigung. Hieran schloß sich ein Vortrag des neuen Reichskommissars über die Neuorganisation der Osthilfe und die nunmehr in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

## Der Stand der Arbeitslosigkeit.

4 622 000 Erwerbslose im ganzen Reichsgebiet.

Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben nach dem Bericht der Reichsanstalt für den 31. Oktober eine Arbeitslosenzahl von rund 4 622 000. Seit dem Stande vom 15. Oktober, der sich auf rund 4 484 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten. Die im wesentlichen den Niederstufen der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt barkeit.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Unterfertigungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht, in der Arbeitslosenversicherung um rund 58 000 auf rund 1 350 000. — Für Ende September liegt jetzt auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen mit rund 1 208 000 vor.

## Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für Gemeindearbeiter.

Im Eobansteil der Gemeindearbeiter ist der Schiedsgericht vom 1. November 1931 vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

## Konflikt um den Rundfunk.

Von dem Reichsinnenministerium ist die Initiative zu einer Änderung in der Organisation der Rundfunküberwachung ausgegangen. Anlaß dazu hat ein Vortrag des Reichsbannerführers Hiltmann, der einen Vortrag über das Thema „Arbeiterkraft und Staat“ gehalten hat. Dieser Vortrag ist im Berliner Ueberrundungsausschuss von den preussischen Vertretern genehmigt, dahingegen von dem Reichsvertreter abgelehnt worden. Dieser wandte sich darauf an Reichswehrminister Groener, der sofort an preussischen Ministerpräsidenten bzw. an dessen Stellvertreter, Staatssekretär Weismann, ein Schreiben richtete, in dem es heißt, er sei nach Einschätzung des Ministeriums zu der Ansicht gekommen, daß der Vortrag parteipolitischen Charakter trage und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen sei. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit halte er es für geboten, daß die beiden preussischen Vertreter im Ueberrundungsausschuss sich nochmals mit der Frage beschäftigen. Dieser Brief wurde dem Staatssekretär Weismann erst um 19 Uhr abgegeben, also zu einer Zeit, als der Vortrag bereits stattgefunden hatte.



Reichsinnenminister Groener soll nun der Auffassung sein, daß die bestehende Rundfunkorganisation unzulänglich sei, und daß er entsprechende Schritte zur Vervollständigung des bestehenden Zustandes tun werde. Die Kritik des Reichsinnenministers wendet sich vor allem gegen die Tatsache, daß in den Übertragungsausschüssen immer nur ein Vertreter des Reichs zwei Ländervertretern gegenüberstehe, und daß die Interessen des Reichs infolgedessen nicht in der richtigen Weise gehört werden können.

### Wählerarbeit in der Reichswehr.

Erfolgreiche kommunistische Zerlegungstätigkeit.

Berlin, 10. November.

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zerlegungstätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensivität zugenommen. Seit Mitte Juli des Jahres sind nicht weniger als 40 verschiedene kommunistische Zerlegungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zeitblätter der gleichen Art in mehr als 200 Städten in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden.

In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zeitblätter in gleichem Zeitraum von der Truppe auf solcher Tat erfaßt und der Zensur zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zerlegungstätigkeit nach wie vor nicht beschieden gewesen.

Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung ansetzten, ist verhältnismäßig gering. Die Truppe wird auch in Zukunft alle weiteren Zerlegungsversuche mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegenreten.

Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zerlegungstätigkeit der KPD enthält bereits die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erheblich verschärfte Strafbestimmungen. Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

### Notverordnung 27,8 Prozent.

Reichsanleihe vom 7. November 1931.

Berlin, 11. November.

Nach dem Ausweis der Reichsanleihe vom 7. November 1931 hat sich in der verflochtenen Bausache die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 306,7 Mill. auf 4045,3 Mill. RM verringert.

Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 13,3 Mill. auf 1261,9 Mill. RM vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 43,2 Mill. auf 1101,3 Mill. RM abgenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 29,9 Mill. auf 160,6 Mill. RM zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 27,8 Prozent gegen 26,9 Prozent in der Vorwoche.

### „Kein Kampf um Texte und Doktrinen!“

„Matin“ über die deutsch-französischen Verhandlungen. Der Pariser „Matin“ schreibt über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, daß man würde den Geist, in dem die gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen stattfinden, völlig verkennen, wenn man sich diese Verhandlungen einzig und allein in dem Sinne vorstellte, als ob es sich um einen hartnäckigen und sterilen Kampf um Texte und Doktrinen handelte.

Es liege eine Erklärung vor, daß Deutschland nicht mehr zahlen würde, sondern Francois-Poncet sei darauf hingewiesen worden, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Moralatoriums nicht in der Lage sein werde, die geschuldeten Zahlungen aufzunehmen oder auch nur den ungeschuldeten Teil nach dem Auslande zu transferieren. Deutschland werde lange also, daß der Ruf der amerikanischen Initiative ihm im Rahmen des Young-Plans provisorisch erhalten bleibe. Das Wort provisorisch bedeute, daß es hierbei an die Periode der wirtschaftlichen Depression denke.

Ueber die Frage, ob das deutsche Anjuden gerechtfertigt sei, werde objektiv der beratende Ausschuss urteilen. Von deutscher Seite werde bemerkt, daß in diesem Ausschuss auch die Bankiers vertreten seien, die sich kürzlich in Basel mit den kurzfristigen Krediten beschäftigt haben. Sichtlich der kurzfristigen Kredite selbst betriebe Deutschland

darauf, daß man ihm bei Uebernimdung des Fälligkeitstermins vom 20. Februar helfen müsse. Die amerikanische und die englischen Banken, so werde deutscherseits versichert, brauchten flüssige Mittel. Deutschland könne nicht unbedingt auf sie zählen. Was sollte es tun, wenn Frankreich ihm nicht helfen werde?

### Diplomateneuch in Paris.

Der deutsche Botschafter in Paris stiftete dem französischen Außenminister Briand einen weiteren Besuch ab. Briand empfing zu gleicher Zeit den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet. Ueber die Besprechung wird deutscherseits mitgeteilt, daß sie der Weiterführung der beiderseitigen deutsch-französischen Verhandlungen gedient habe. Außerdem seien die Fragen besprochen worden, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammen tretende Völkerverbund befassen werde.

### Die Mission Francois-Poncets

Falsche Kombinationen der Pariser Presse.

Paris, 10. November.

Die Tatsache, daß der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet nach Paris gefahren ist und gleich seinen Anlauf in eine längere Unterredung mit Coudan hatte, gab zu zahlreichen Kombinationen in der Pariser Presse Anlaß. Sie brachte zunächst den Besuch des Botschafters mit neuen Vorschlägen der Reichsregierung in Verbindung, bezieht aber jetzt ihre Stellungnahme und betont übereinstimmend, daß der französische Botschafter auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten nach Paris gekommen sei. Um Bericht über seine letzten Besprechungen mit Reichskanzler Brüning und Staatssekretär von Bülow zu erstatten.

### Eine Stimme der Vernunft.

Die englische Arbeiterpartei gegen Versailles und Reparationen.

London, 11. November.

An der von der Opposition im Unterhaus vorgebrachten Adresse zur Dankeagung für die Gründungsansprache des Königs machte der Führer der Arbeiterpartei Lansbury geltend, daß im Jahre 1918 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei.

Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Arge aufbürdete. Wie aber jedermann wußte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jeder andere. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, jedes Andenken an den Krieg durchzusetzen, daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt aufgegeben würden.

Lansbury meinte, daß ein solcher Schritt heute getan, rasch zur Genugdung der Welt beitragen würde.

### MacDonald spricht im Unterhaus.

In der Unterhausdebatte nahm auch Premierminister MacDonald das Wort und erklärte, daß im Zusammenhang mit dem Schulden- und Reparationsproblem, es gäbe seiner Ansicht nach so lange keine Prospektivität in der Welt, als der Wille von Menschen sie in eine unzufriedene ökonomische Organisation gezwungen hätte.

Es sei aber auch unmöglich, durch den Willen eines Einzelnen oder einer Gruppe zu lassen, daß ein Teil der Goldvorräte von einer Nation an die andere übertragen werde. Was getan hätte werden können, und man sei schon dabei, es zu tun, sei zunächst einmal mit den unmittelbar betroffenen Nationen in Kontakt zu treten, um Vereinbarungen zu treffen, durch die man selbst aus dieser überdünn wirtschaftlichen Geistesverwirrung gelöst werden könne.

### Thronrede König Georgs.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 11. November.

Der König sprach sich in Begleitung der Königin in der goldenen Kapelle des von dem Buckingham-Palast nach Westminster, um das neue Parlament zu eröffnen. Der seltsame Anblick der prächtigen Kuppel, erstarrt von bekümmerten Leibern in ihren tollwütigen, unformierten blühenden Brustschildern, hatte, trotz des regnerischen Wetters, eine große Menge von Schulknusen herbeigeführt, die längs des Weges Spalter bildeten.

An der Thronrede heißt es u. a.: Meine Regierung achtet den Vorbereitungen für die bevorstehende Abri-

ftungsartigkeit großer Aufmerksamkeit, und ich bin überzeugt, daß ein glückliches Ergebnis dieser Konferenz großen Nutzen für die ganze Welt stiften würde.

Die erste Finanz- und Wirtschaftslage der Welt bildet eine schwere Sorge meiner Regierung, die ihr möglichstes tun wird, um mit den anderen Regierungen im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft die Mittel zur Wiederherstellung des Umfangs des internationalen Handels zu finden.

Die Indische Konferenz am Runden Tisch legt ihre Arbeiten fort und die Konferenz mit den Vertretern von Birma wird demnächst zusammentreten. Es ist mein sehnlichster Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, bejaht die Thronrede die Nation bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterstützt, die getroffen wurden, um Erparnisse zu erzielen und das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen. Dies waren die ersten wesentlichen Maßnahmen bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich vor dem Parlament erhoben. Anzuknüpfen werden dem Parlament zu gegebener Zeit alle erforderlichen Vorschläge unterbreitet.

### Programmrede MacDonalds.

Die Lage Deutschlands. — Stabilisierung des Pfundes

London, 10. November.

Auf dem Jahresantritt anlässlich der seit hundert Jahren hundertsten Jahrestag der britischen Nation hielt in Anwesenheit des diplomatischen Korps Ministerpräsident MacDonald eine programmatische Rede, in der er erklärte, die Wirtschaft Europas müsse geregelt und rationalisiert werden. Bisher könne keine Ration in Europa eine Grundlage für stabile wirtschaftliche und industrielle Bedingungen finden.

Die augenblickliche Lage Deutschlands im Verhältnis zum übrigen Teil der Welt müsse der Gegenwart einer völligen „Ueberholung“ werden, bei der Deutschland selbst ein williger Mitarbeiter sein müsse, und endgültige Vereinbarungen müßten erzielt werden, die kräftig und durchführbar seien. Die ferner nicht in ihrer Gesamtheit, sondern in größerer finanzieller und handelswirtschaftlicher Führung und die nicht verhindern, daß der internationale Austausch der Waren und Dienste in normale Bahnen zurückgeführt werde.

Eine Reihe ständiger und vergänglichender Kompromisse rein zeitweiliger Art werde nicht den Umständen begegnen können. Eine umfassende und dauernde Regelung ist jetzt erforderlich. Alle Staaten müßten Zusammenhänge machen.

MacDonald bemerkte, er könne die Versicherung abgeben, daß seine Kollegen sie auch zu lösen beabsichtigten. Das erste Problem liege, daß die Nation ihr Budget bilanciere.

Weiter habe die Regierung die Absicht, sobald es die Umstände zulassen, Maßnahmen zu treffen, durch die die englische Währung unbedingt auf einer solchen Basis stabilisiert werde, die sie von spekulativen Bewegungen oder Tagesgeschwinnungen unabhängig mache.

### Die Erwerbslosigkeit in Mitteldeutschland wächst

Frühzeitiger Abbau der Saisonarbeit.

Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit:

Das Ansehen der winterlichen Arbeitslosigkeit hat sich in der zweiten Hälfte im Bereich des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland deutlich erhöht. Die offene Herbstwitterung hat zwar die Zunahme der Arbeitsuchenden gemindert, aber auch die Mitarbeiter in den Außenberufen beratend gefördert, daß mit einem früheren Saisonstopp zu rechnen ist.

Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden stieg von 396 994 (davon 21 680 weiblich) am 15. Oktober um 4 276 auf 401 270 (davon 22 413 weiblich) Personen am 31. Oktober.

Nach Arbeitsamtsbezirken gesehen, hatten die Arbeitsämter Gera mit 825, Erfurt mit 652 und Altmann mit 610 die größte Zahl an Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit erfolgte in den Arbeitsamtsbezirken Nordthür mit 679, Bitterfeld mit 356, Magdeburg mit 215, Weimar mit 214, Bernburg mit 197, Quedlinburg mit 192, Sonnershausen mit 71 und Bitterfeld mit 69 Personen. Bis auf das Bekleidungs- und die Rohstoffwirtschaft haben

so war der Bankier weder am hellen Abend, noch am einem der hellen Morgen erschienen. Doch er am ersten Herbsttag wieder in Berlin, nicht, er habe, man durch Frau Doktor Waldius, die ihm zufällig auf der Straße begegnete und die einen kurzen Besuch bei Strachs machte.

Zwei Tage später — es war der Tag vor Silvester — wurde alle des Morgens um sieben Uhr durch ein heftiges Geknurre an der Saustür geweckt. Eröffnet sprang sie auf und hatte kaum das Nistloch überquert, als der Diener auch schon an ihre Türe klopfte. Sie schreie und fragte, was es wäre.

Der Präfekt Sellmann von der Firma Römer wäre gekommen und wünschte das gnädige Fräulein zu sprechen, wurde ihr zur Antwort.

„Sie war vor Schreck blaß geworden. Was hatte das zu bedeuten? Mit Alexander Sell habe sie sich nun verlobt und ging in das Zimmer, in welchem Sellmann wartete.“

Sellmann war ein alter, im Dienst ergrauter Mann, aber noch rüstig, kräftig und uneben und hatte wohl gehofft, seinen amüsanten Jahren Diensten im Bankhause Römer noch etliche Jahre hinzuzufügen zu können. Als sie ihm in sein Gesicht blinzelte, das von Götterbildern überzogen war, als sie sich über die schillernden Gläser, die seine stützende Gestalt das Bild mit einem Hauch ab, ließ etwas Bedenkenhaftes in ihrem Herzen auf.

„Was — möchten Sie von — mir — Herr Sellmann — zu früh —“

„Gnädiges Fräulein verzeihen — ich — ich — wollte mir freuen, — ob vielleicht — der Herr Geh —“

„Herr? Bei uns? Was sollte er zu so früher Morgenstunden hier in der Villa? Sagen Sie mir, was ist es, ich sehe — doch kein Unheil — er ist doch nicht —“

„Er ist nicht zu Hause — gnädiges Fräulein — keine Stimme hören — „er ist fort!“

„Wort? Was? Das heißt das?“ Alles Wille fliegen, ihr Atem ging heftig, errötet.

(Fortsetzung folgt.)

# JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchart

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nun, um so besser. Und nun mach wieder ein frohes Gesicht, Mütterle, und lächle mit deine Einfaule. So bin gespannt, was du alles ausgeht hast.“ So wachte sie die Mutter abwesent, sie selbst aber behäftigte sich noch lange mit dem Gedächtnis. Sie war im Grunde froh, daß sie nun einen Schlüssel zu des Onkels in letzter Zeit so veränderten Aussehen und Wesen gefunden hatte. Sie hatte sich schon allerhand Gedanken gemacht und geschaut, daß geschäftliche Sorgen ihn niederbrücken und so nervös machen. Die vielen Banktratte in den letzten Monaten redigierten wohl eine solche Befürchtung. Gottlos, daß sie unmöglich gewesen war. Das Saus Römer mit seiner soliden Grundlage und seinem unantastbaren Ruf stand fest und sicher. Möchte Onkel Oswald immerhin ein wenig spekulieren und sich an bedeutenden Unternehmen beteiligen — welcher Borkemann tat das nicht? — mochte er sich auch immerhin dem Heinen Luxus einiger kostbarer Remonten gestatten. Er besaß noch andere Angehörige, für wen also sollte er sparen?

### 3. Kapitel.

Das Weihnachtsfest war vorüber. In der Villa Römer hatte der Weihnachtsabend getrauert und der helle Schein der Kerzen auf die unteren im dunklen Mehlenschein gefallen und hatte die schmerzvolle Trauer um den teuren Gatten und Vater, dessen man an diesem Tage mit besonderer Wehmut gedachte, bald abgemittelt. Eine stille Freude am Geben und Nehmen spielte sich in Mienen und Wägen wieder.

Seins noch seine Braut in seine Arme. „Wann wird uns der erste Baum im neuen Heim strahlen, mein Lieb?“

„Macht du immer in die Kerne schmeißen? Stich das Gute fest zu nach, Heinz“, erwiderte sie froh gelacht. „Wir sind heute vereint unter dem strahlenden Baum, der Mutter und Großmutter liebe Augen schauen unter Glück und freuen sich im Herzen mit uns. Kein Unberuhener hat sich in untern aufdringenden Arceis gedrängt. Was willst du noch mehr, Liebster?“

„Mehr, viel mehr, Geliebte, küssen, ringen, erreichen.“

„Rein, nicht jetzt in dieser weihnachtlichen Stunde von Kämpfen und Siegen sprechen, Heinz! Laß uns den Frieden dieses heiligen Festes ganz auskosten und ganz ausleben. — Nach den Feiertagen, nach dem Kampf begehnen und ich will wahrlich nicht als Letzte darin stehen.“

Heinz lächelte leins langes, lächelte Frau Elisabeths und fragte, wann gingen sie zu der beiden Müttern zurück, die Hand in Hand auf dem kleinen Götchen saßen.

Es schien wirklich ein tiefer, süßer Friede über diesem kleinen Arceis zu walten; kein Mißklang störte die Harmonie. Selbst Frau Professor Römer, die sonst ihre Trauer um den Gatten an solchen besondern Tagen und Festen nicht ganz bewahren konnte, zeigte heute einen heiteren, sorglosen Ausdruck in Augen und Zügen. Sie selbst machte sich kein Hehl über den Verlust ihrer aufdringenden Stimmung. Oswald Römer sah heute zum ersten Male seit langen Jahren bei dieser Familienfeier. Er hatte kein Nickerchen mit einer unangenehm gestrichelten Reize erkrankt und absteht nicht, wie froh Frau Römer bei dieser Nachricht aufsaumt hatte. Es war nun über ein Monat seit seiner Werbung vergangen. In der harmlosesten Weise hatte er bei ihnen verkehrt und talwollt sich, auch die zeitliche Anwesenheit auf seine Hofmannen verniedert. Dennoch sah Frau Römer durch seine Unwesenheit um ein wenig trüb. Nicht allein, daß sein Anblick sie peinlich berührte, es war ihr manchmal etwas in seinem Wesen, was ihr fremd und beunruhigend erschien. Sie wünschte sich selbst nicht über das Warum klar zu werden und ließ es darum meistens auf ihr letztes betanenes Urteil ihm angedeihen.



Tauf alle Berufsgruppen eine Erhöhung der Arbeitsstundenzahl erfahren. Besonders stark waren die Zugänge im Baugewerbe mit 1600, in der Landwirtschaft und Gärtnerei mit 652, der Textilindustrie mit 455 und im Verkehrsberufe 475 Personen. Der Braunkohlenbergbau mußte infolge härterer Betriebsbedingungen während der Sommermonate im Oktober Arbeitskräfte aus dem Bergbau entlassen. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober betrug 124.000. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober betrug 124.000. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober betrug 124.000.

Von den vorhandenen 401.270 Arbeitsstunden erhielten am 31. Oktober 105.030 = 26,2 Prozent verdingungs-mäßige Arbeitslosenunterstützung, 112.467 = 28,0 Prozent Arbeitslosenunterstützung und 108.477 = 27,0 Prozent Arbeitslosenunterstützung. Die Gesamtunterstützungsbeträge der Arbeitslosenunterstützung lag gegenüber dem Betrag vom 15. Oktober um 5.022 Personen zum Nachteil der Arbeitslosenunterstützung, die einen Zugang von 3.946 Personen in der gleichen Zeitspanne zu verzeichnen hatte, zurückgegangen.

### Zahlungsfrist in Aufwertungssachen.

Eine neue Verordnung.

Der Reichspräsident hat am 10. d. M. auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen erlassen.

Am 1. Januar 1932 werden die von den Gläubigern vor Jahresfrist geforderten Aufwertungshypotheken fällig. Nach dem Gesetz über die Fälligkeit und Verjährung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juni 1926 hat zwar der Grundstücksbesitzer die Möglichkeit gehabt, innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung bei der Aufwertungsstelle eine Zahlungsfrist zu beantragen.

Zahlreiche Schuldner haben aber damals den Antrag nicht gestellt, weil sie mit Recht annehmen konnten, den Aufwertungsbeitrag 1932 zahlen zu können.

Andere Schuldner haben den Antrag zwar gestellt, ihn aber zurückgenommen, nachdem sie sich vergewissert hatten, daß sie für den zurückzubehaltenden Betrag von einem anderen Gläubiger eine Erläßnahme bekommen würden. Endlich haben in den Fällen, in denen das Zahlungsfristverfahren durchgeführt ist, häufig die Aufwertungsstellen den Antrag abgelehnt, weil nach der damaligen Wirtschaftslage die Aufwertungsstelle zu der Auffassung kam, daß dem Schuldner die Rückzahlung der Hypothek zumutbar sei. Diese Verhältnisse haben sich durch die Ereignisse seit Juni dieses Jahres erheblich geändert.

Die neue Verordnung sieht daher vor, daß in den angelegenen Fällen die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage ihre Zahlungsfrist beantragt haben, bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig abgewiesen war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage herbeigeführte Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristverfahren berücksichtigt werden konnte. Mit dieser Maßnahme sind die bestehenden Verhältnisse, mit denen die Frage erledigt ist, im wesentlichen einverstanden.

Nach der Verordnung kann weiter den Schuldnern von Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen eine Zahlungsfrist für die am 31. Dezember dieses Jahres fällig werdenden aufgumerten Kapitalbeträge in ähnlicher Weise gewährt werden, wie dies in dem Aufwertungsstellenbescheid vom 18. Juni 1930 für die Schuldner aufgumerteter Hypotheken vorgesehen ist. Die Zahlungsfrist, die nur bis zum 31. Dezember 1931 fällig werden kann und während deren nach Möglichkeit Ansetzungen geleistet werden sollen, darf nur gewährt werden, wenn der Schuldner infolge der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage über die zur Rückzahlung erforderlichen Mittel nicht verfügt, sie sich auch nicht zu zumutbaren Bedingungen verschaffen kann, oder wenn die Rückzahlung nicht ohne Gefährdung der Fortführung des Unternehmens erfolgen könnte.

Die gestundeten Beträge sind ab 1. Januar 1932 mit 7 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen und mit einem Aufgeld von 2 Prozent für jedes angefallene Kalenderjahr, für das die Stundung in Anspruch genommen wird, zurückzahlen.

Für die Dauer der Stundung darf der Schuldner keine Gewinne an die Gesellschaften ausschütten und in der Regel auch keine Tantiemen zahlen. Zusätzlich für die Bewilligung der Zahlungsfrist ist die bei den Oberlandesgerichten nach früheren Verordnungen gebildete Spruchstelle. Die Anrufung der Spruchstelle muß spätestens bis zum 30. November dieses Jahres erfolgen.

### Chronik politischer Zusammenstöße.

Ein Loter, mehrere Verletzte in Bremen.

Su schweren Zusammenstößen kam es in Bremen im Anschluß an eine nationalsozialistische Kundgebung zwischen Angehörigen des Reichsbanner und Nationalsozialisten.

Siebzwei wurde ein Nationalsozialist erschossen.

Mehrere Verwunden, deren genaue Zahl aber noch nicht feststeht, erlitten Verletzungen, die durchwegs leichtere Natur sein sollen. Am Verlaufe des Abends kam es außerdem noch zu kleineren Reibereien an verschiedenen anderen Stellen der Stadt, doch ist die Ruhe jetzt vollkommen wiederhergestellt.

Schüsse auf Polizeibeamte in Leipzig.

Nach vor Mitternacht ereignete sich in Leipzig Blamäßig ein schwerer politischer Zusammenstoß. Ein Einzelperson, ein Nationalsozialist, die von einer Verammlung zurückkehrenden, begabte einer Anzahl Kommunisten. Es kam zu Tätlichkeiten, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Auf die Beamten wurden mehrere Schüsse abgegeben, die von der Polizei erwidert wurden.

Darauf gingen die Beamten mit dem Gummistock gegen die Menge vor, die allmählich auf etwa vierhundert Personen angewachsen war. Die Anklammung konnte schließlich zerstreut werden. Fünf Nationalsozialisten wurden festgenommen, ebenso ein weiterer Reichsbannermann, der Schläge auf den Kopf erhalten hatte.

Nationalsozialist in Cuxin getötet.

Im Anschluß an einen Umzug des Reichsbanner kam es in Cuxin zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Ein Nationalsozialist, der Bunkerhändler Rathge, wurde getötet, zwei Nationalsozialisten wurden schwer, drei Reichsbannerleute leicht verletzt.

### Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 11. November 1931

In der Nacht vom 9. zum 10. November wurde in unserer Stadt wieder ein Einbruchsdiebstahl begangen. Gegen Mitternacht kamen Diebe aus dem Gehöft des Fleischermeisters Wllyngelmann, öffneten die verschlossene Küchentrür und gelangten in die Räuherkammer, wo ihnen verschiedene Fleischwaren, hauptsächlich Schlachtwürste und Schinken, in die Hände fielen. Der Schaden beträgt etwa 150 RM. Es wird gebeten, verdächtige Wahrnehmungen der hiesigen Polizei zu melden, damit es endlich gelingt, die hier immer wieder auftretenden Verbrecher zu ermitteln.

Die Bibelfunden dieses Winters gedent Profti Vertram bis auf weiteres alle 14 Tage Freitags in dem zur Zeit unbewohnten Archidiatonat zu halten. Die erste Bibelfunde wird am nächsten Freitag, abends 8 Uhr, stattfinden. Zur Verbreitung kommt 1. Johannesbrief, Kapitel 1, Vers 1-4.

„Geißel der Menschheit“ Kommen Freitag, den 13. November, läuft im Hotel „Blauer Hekt“ in Kemberg ein Aufführungsspiel, betitelt: „Geißel der Menschheit“, welcher sich in erster Linie gegen die Geschlechtskrankheiten richtet. Es ist leider noch immer nicht genügend bekannt, in wclch ungeheurer Umlänge heutigen Tages die Geschlechtskrankheiten in unrerer Völke verbreitet sind. Man muß der Ufa Dank wissen, daß sie diesen Film gedreht hat, unter Mitwirkung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Berlin W. 66. Mit wenigen Worten läßt sich sagen, um was es sich hier handelt. Der Gefahr, von dieser Geißel heimgeführt zu werden ist jeder Mensch ausgelegt. Deshalb sollte der Film auch von jedem Deutschen gesehen werden. Was schadet es, daß Leute im Theater ohnmächtig werden oder in Schluchzen ausbrechen, die ärztliche Wissenschaft rüdt das fürchterliche Verbernis so klar vor die Augen, daß die heilsame Wirkung nicht ausbleiben kann. Wir wollen auf die Einzelheiten dieses Filmes abstrichlich nicht eingehen, nicht das Gend und Grauen schildern, das in selten technisch vollkommenen Bildern zuragt tritt, nur das es wollen wir mit den Zuschauern sagen: jede Geschlechtskrankheit findet Rettung. Er verläumt nur nicht, sich rechtzeitig einem Arzte anzuvertrauen, und er läßt sich vor Kurpfuschern, Wund Täuclern und Ubertäuclern wissen gar nicht, daß sie das Opfer einer Geschlechtskrankheit geworden sind. Wie ein drohendes Damoklos Schwert hängt dieses fürchterliche Wort über einem jeden; und die Säulen deiner Wäler werden reichen bis ins dritte und vierte Glied. Wir brauchen gesunde deutsche Jungens und Mädels, durch deren Absterben ein reines Volk ruht und nicht von diesen grauhaftesten Krankheiten zerfressen Menschenwäts, die der Untergang eines jeden Volkes sind. Nicht eines jeden einzelnen ist es, sich dieses Filmwerk anzusehen. Nur die Talsachen reden... und sie reden eine fürchterliche Sprache.

Achtung, falsche Jehnmarktscheine! In letzter Zeit meht sich der Umlauf von falschen Jehnmarktscheinen, die eine große Verlehtlichkeit mit echten Scheinen aufweisen. Zu erkennen sind die Falschscheine daran, daß sich das Papier etwas glatter als das der echten Scheine anfühlt, der runde Kontrollstempel auf der Vorderseite schlecht ausgeprägt und die untere rechte Markenhälfte des Kopfes bedeutend breiter, einem Querschnitt ähnlich ist. Auch ist die Schattierung an der rechten Markenseite und des Auge bedeutend härter gezeichnet. An der Durchsicht erscheint ferner bei den falschen Scheinen der Kopf dunkler als bei den echten. Weiterhin ist bei den echten Scheinen die Strafandrohung gerade gedruckt, während sie bei den falschen schräg gezeichnet ist. Im ganzen sieht die Vorderseite der Falschscheine etwas blässer aus, als die der echten. Das Wasserzeichen ist bei den Falschscheinen schlecht sichtbar.

Brandanfang 10. November. (Schon wieder Feuer!) Unter Ort befindet sich noch in großer Aufregung wegen des am Sonnabend stattgefundenen Brandes. Man ist in der vergangenen Nacht wiederum ein größerer Brand auf dem Mittelzug des Grafen von Hohenhalt ausgebrochen, bei dem erneut eine mit Entzündung gefüllte Scheune ein Raub der Flammen wurde. Auch in diesem Falle muß ehestens die Brandstiftung angenommen werden. Im Dorfe erzählt man sich, daß ein weiterer Landwirt einen Drohbrief erhalten hat, demnach ist sein Gehöft in Flammen aufgehen würde.

*Es ist noch lange nicht alles Malzkaffee, was so aussieht!*

...oft ist es nichts anderes als Gerste — rohe Gerste, die einfach geröstet ist.  
Verlangen Sie Kathreiner! Dann haben Sie richtigen Malzkaffee — und zwar den feinsten, den es überhaupt gibt...

Wittenberg. (Umlauf ist der Welt Lohn.) Ein Wanderbursche hat in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in Dreuenbrügge auf der Berliner Chaussee den Führer eines von Potsdam nach Zwickau fahrenden Lastkraftwagens um die Erlaubnis, mitfahren zu dürfen. Dies wurde ihm gewährt. Als der Lastwagen, der mit Umzugsgut beladen war, in Pannigau hielt, war der Handwerksbursche unter

Mitnahme von zwei fast neuen Mänteln (Herren- und Damenmantel) verhaftet worden. Er hatte die Freundlichkeit des Lastwagenführers mit seinem Umlauf geteilt. Vor Anlauf des Diebstahes wird gewarnt.

Gräfenhainichen. Der neue Gerichtsbookscheier Schiefer hat im Hause Robert-Strasse Nr. 5 seine Amtsgefächte in hiesigen Rüst übernommen.

Dommigk, 10. Nov. Die Urtache des vor kurzem erfolgten Dammbruchs am Umdemhainische, wobei weite Gebiete unter Wasser gesetzt und zerstört wurden, ist nun endlich festgestellt. Einem natürlichen Wilmarrattenjäger gelang es, an den Ufern des Teiches nicht weniger als 15 Wilmarratten zu fangen. Er mußte weiter feststellen, daß die gefährlichen Wühler das ganze Feldgebiet bedeckten. An dem nach der Deichbruchkatastrophe neu errichteten Notdamm wurden in einer Länge von rund 200 Meter nicht weniger als 8 bis 10 Vänge von Wilmarratten festgestellt. Der Notdamm ist stellenweise schon derartig unterminiert, daß wieder die Gefahr eines Dammbruchs besteht. Auch an den Ufern des Altkuhbaches zwischen Umdemhain und Breitenfelde und in benachbarten Zeichen wurden Wilmarratten festgestellt. Das Auftreten so vieler Wilmarratten ist ein Beweis dafür, daß der feinerseit mit zu ungeheurem Schaden erfolgte Dammbruch des Umdemhainisches einzig und allein als ein Werk dieser gefährlichen Wühler anzusehen ist. Es ist zu erwarten, daß von der Behörde schnellste Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um die Wilmarratten zu bekämpfen, um weitere Gefahren für Besitzer und Pächter dieses verletzten Gebietes abzumnden.

Der „geistige Kampf der Studentenchaft.“

Halle. Die „Deutsche Studentenchaft“ in Halle wendet sich in einem Aufruf, der aber den Fall Dehn nur freilich und fast ausschließlich allgemeinpolitische im Sinne der DSDA, geistigere Ausführungen in den Vordergrund stellt, an die gesamte deutsche Studentenchaft und fordert sie auf, am 11. November, dem Tag von Langemarck, „wider den undeutschen Geist an deutschen Hochschulen“ zu protestieren.

Bei der Deutschen Studentenchaft in Halle sind zwei Sympathietelegramme auswärtiger Studentenchaften eingelaufen. Die freie Studentenchaft Gressenwald begrüßt das Verhalten der Kommissionen in Halle mit den Worten: „Nicht wandeln, nicht weichen!“ Die „Studentenchaft Jena“ meint: „Kameraden, in dem Kampf gegen Dehn, Grimm und Guren Rektor, der Euch dem Gummistock der Polizei ausliefern, stehen wir Euch treu zur Seite. Euer Kampf ist unser Kampf. Bleibt ehrbewußt und hart!“

Nachdem die Studentenchaft beschloffen hat, von Demonstrationen gegen Professor D. Dehn Abstand zu nehmen, den Kampf jedoch auf einer breiteren Basis mit nur geistigen Waffen durchzuführen, herrichte am Sonnabend und Sonntag vor und in der Universität das gewohnte ruhige Bild. Man nimmt an, daß sich die Studentenchaft an die anderen Universitäten wenden wird, um sie zu einem allgemeinen Kampf zusammenzuführen. Die offiziellen Beziehungen der Studentenchaft zur Universität bleiben aber bestehen. Fastlich äußert sich dies nur darin, daß die Korporationen bei Universitätsfeiern nicht chargieren, sondern eigene Feiern abhalten werden.

Der Rektor bleibt im Amt.

Halle. Der Akademische Senat der Universität Halle-Wittenberg hat den Rektor Professor Rubin, der sein Amt wegen der von der Studentenchaft gegen ihn gerichteten Angriffe zur Verfügung gestellt hatte, einstimmig gebeten, das Amt weiterzuführen. Professor Rubin erklärte in der am Montag nachmittag abgehaltenen Senatsitzung, dieser Bitte entsprechen zu wollen.

Professor Dr. med. Sieve hatte die Einberufung einer allgemeinen Dozentenversammlung beantragt, in der er an Wunsch der Studentenchaft deren Standpunkt festlegen wollte. Diese Versammlung soll am Mittwoch stattfinden.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Hochschulen, Professor Ullmann-Bonn, hat an den Rektor folgendes Telegramm gerichtet:

Euer Magnifizenz danke ich für Ihr einschließliches Eintreten für das hohe Gut der akademischen Lehrfreiheit, die heute mehr denn je des Schutzes gegen Eingriffe bedarf, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Ich vertraue, daß der akademische Geist auch in der deutschen Studentenchaft lebendig genug ist, um zu begreifen, daß eine Behinderung der Lehrfreiheit an den Grundfesten der deutschen Hochschulen rüttelt.

### Aushebung eines Waffenlagers

Beimte des Polizeipräsidenten Weissenfels entdeckten in einer leerstehenden Möbelfabrik des Tischlermeisters Schneider ein größeres Waffenlager. Sämtliche Waffen waren in Kisten verpackt und eingekleidet. Das Lager bestand aus drei Malchinengewehren, darunter zwei schweren, 14 Gewehren 98, zwei Karabinern 98, einer Malchinengewehr 18, 5900 Schuß S-Munition, 2400 Schuß Leuchtmunition. Gegen Schneider ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Nach der letzten Erhebung über die Arbeitslosigkeit in hiesigen Baugewerbe, die bis auf 5914 Personen erstreckte, ergab, daß 22.370 Maurer, 15.147 Bauhilfsarbeiter, 6151 Handarbeiter, Lehrlinge usw. arbeitslos waren. Dies entspricht einer Arbeitslosigkeit von 73,9 Prozent gegenüber einer solchen von 72 Prozent eine Woche zuvor.

Die Textilarbeiter streiken.

Leipzig. Die Beschäftigten der Frühfärberei der Leipziger Baumwoll-Spinnerei ist auf Beschluß der AOD, zum Protest gegen die durch Schiedsgericht festgelegten 5 Prozenten Lohnabbau in den Streit getreten. Von Arbeitgeberseite wird diese Bewegung als ein „wilder Streik“ bezeichnet. In welchem Umfang sich die Streikbewegung auch auf andere Textilbetriebe ausbreiten wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Bedeutende Verlehtsicherung der Arbeitslosenfrage.

Crimma. Die Arbeitslosenfrage hat sich gegenüber dem Vormonat ganz bedeutend verlehtert. Die Zugänge sind hauptsächlich aus der Schmelz- und Schmelzindustrie gekommen; auch in der Landwirtschaft erfolgten Entlassungen. Zur Zeit zählt man rund 6000 Arbeitslose, einer Monat vorher waren es erst 4700.



**Das modernste Krankenhaus in Leipzig.**  
 Leipzig. Das vom katholischen Kirchenlehen mit einem Kostenaufwand von 22 Millionen Mark in Leipzig-Gönnitz neu erbaute St. Elisabeth-Krankenhaus ist gestern eröffnet worden. Das Krankenhaus hat 270 Betten und ist auf das modernste mit allen technischen und wissenschaftlichen Einrichtungen ausgerüstet. Große Krankenziele sind vermieden worden. Zahlreiche Freiluftterrasse und Balkone ermöglichen die Anwendung der Freiluftbehandlung. Sämtliche Zimmer sind mit Lichtglocken, Radio und zahlreiche mit eigener Telefon-Anlage versehen. Die Krankenpflege und Wirtschaftsführung liegt in den Händen der Frauen Schwestern.

**Neues aus aller Welt.**

**Schwerer Betriebsunfall.** Aus bisher unbekannter Ursache ereignete sich in der Delagasanstalt der Firma Buntich in Berlin-Nummelsburg infolge Ventilbrüches ein schwerer Betriebsunfall, dem der 54jährige Feiler Franz zum Opfer fiel. Er wurde durch ausströmenden heißen Dampf tödlich verbrüht. Außerdem erlitten der 33jährige Gasmeister Brinmann sowie der 31jährige Schichtführer August Hiller leichte Verbrühungen.

**Leichenfund.** In Berlin-Treptow wurde aus der Spree die Leiche einer weiblichen Person herausgehoben. Benachrichtigte Polizeibeamte stellten fest, daß der Leiche der linke Arm und der Kopf fehlen; ferner wiesen die Brust und die Oberschenkel Verletzungen auf, die von Messertischen herzurühren scheinen. Der Körper der Toten war nur mit Strümpfen und Schuhen bekleidet. Ob ein Mord, ein Selbstmord oder Unfallsfall vorliegt, wird erst die gerichtsarztliche Untersuchung ergeben.

Um über 1000 Mark befristet. Ein Techniker aus Berlin wollte einen Betrag von 1100 Mark bei einer Bank einlagern, ging aber, da die Bankfaktoren geschlossen waren, in ein Lokal. Hier gestellten sich zwei unbekannte Männer zu ihm. Die unbekannten Gäste hatten bemerkt, daß der Techniker eine größere Geldsumme bei sich trug. Vor dem Lokal arrangierten sie daraufhin einen kleinen Ringkampf, trennten sich gegenseitig hoch und saßen so die günstige Gelegenheit, dem Techniker sein gelamtes Geld zu nehmen und damit zu verschwinden. Die beiden Täterdiebe konnten ermittelt werden, doch war von dem Geld nichts mehr vorhanden.

Ein Beitrag zum Kapitel „Preisabbau“.  
 Der Landbund Provinz Sachsen hat sich mit einer eingehenden Eingabe an das Wirtschaftsministerium des Freistaats Sachsen gewandt und aufs dringendste um eine Abänderung der sächsischen Einheitsgebühre ersucht, die seit kurzem beim Abgang von Fleisch aus anderen deutschen Ländern nach Sachsen erhoben wird. Durch diese Gebühre werde jedes eingeführte Pfund Fleisch um 10 Pf. verteuert. So habe ein preußischer Schlächter bei Lieferung eines Mastochsen nach Sachsen 100 Mark an Gebühren bezahlen müssen, während die sächsische Schlächtereier für dasselbe Rind nur 18 Mark betragen hätte.

Revision im Bombenlegerprozess verworfen. Dem Antrag des Reichsanwalts entsprechend, hat der Dritte Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts Altona vom 31. Oktober 1930 im Bombenlegerprozess Bokst und Genossen eingeleiteten Revisionen als unbegründet verworfen. Das Urteil ist damit auch gegen die Angeklagten rechtskräftig geworden, die Revision eingeleitet hatten, und die zum Teil zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

**Leipziger Schlachtviehmarkt vom 9. November.**

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

Geflügel	Klasse heute		vorher	
	1	2	1	2
Hühner	1	86-88	1	50-52
	2	82-86	2	45-48
	3	—	3	40-44
	4	—	4	38-42
	5	—	5	30-38
Gänse	1	32-35	1	32-35
	2	28-31	2	27-30
	3	24-27	3	24-26
	4	—	4	23-26
Kühe	1	30-33	1	30-33
	2	27-29	2	24-26
	3	20-24	3	20-23
Ferkel	1	18-21	1	16-19
	2	16-18	2	14-16
	3	12-15	3	10-12

**Waremarkt.**

Mittagsbörse. (Amtlich) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station:  
 Roggen Markt 227-230 (am 9. 11. 228-231), Roggen Markt 198-200 (198-200), Weizenmehl 174-178 (175 bis 178), Futter- und Anfuhrergetreide 170-173 (172-175), Hafer Markt 150-155 (150-155), Weizenmehl 28,75 bis 32,75 (29-33), Roggenmehl 27,75-29,90 (27,90 bis 30), Weizenmehl 10,75-11 (10,75-11), Roggenmehl 10,50-11 (10,50-11).

**Kirchliche Nachrichten.**

Freitag, den 13. November, abends 8 Uhr **Bibelstunde** im **Arzbidiatonak**. Dazu ladet herzlich ein **Propst Vertram**.



**Eine gute Nachricht:**

Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

**Sämtl. Gräben auf Bemartung Bußdorf**  
 sind bis zum 15. November ordnungsmäßig zu räumen, sonst geschieht es auf Kosten der Säumigen.  
 Otto Braunsdorf, Markentrichter

**Reise-Koffer**  
 in verschiedenen Größen und Ausführungen  
 Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt



**Delhagen & Klafings Monatshefte**  
 Monatlich nur 2.40 RM.

In aller Welt, wo Deutsche wohnen, sind Delhagen & Klafings Monatshefte verbreitet. Diese Zeitschrift veröffentlicht als erste die neuen Werke unserer großen Dichter. Sie bringt in fesselnder und allgemein verständlicher Form die Sordnungen unserer bedeutendsten Gelehrten vor eine große Leserschaft. Sie berichtet in Wort und Bild, was es Neues gibt auf den weiten Gebieten der Technik, des Sports, der Mode, des Theaters des Kunstamerikas. Sie spielt mit ihren weltberühmten farbigen Kunstbeilagen die bildende Kunst.

Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig überendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pf. in Marken für Porto Kosten ein loses Heft (sonst RM. 2.40) als Probeheft.

Prima frisches **Rindfleisch und Flecke**  
 empfiehlt **Willy Röh**  
 Schlachte eine **junge Färse und ein Schwein**  
 und verkaufe ab Sonnabend früh **Rindfleisch** Bld. 65-80 Pfg. **Schweinefleisch und Würst** Bünd 70 Pf  
**Kotelett und Gefacktes** Bld. 80 Pf  
 Bestellungen nehme entgegen.  
**Otto Niederberger**

**Bergwitzer Brifetts**  
 zentner- und fuhrweise liefert ab Lager  
**A. Quilitzsch Nachf.**

**Heuteneu:**  
 Berliner Illustrierte  
 Münchener Illustrierte  
 Hackebeils Illustrierte  
**UHU**  
 Wahre Erzählungen  
 Wahre Romane  
 Vobachs Modenzeitung fürs deutsche Haus  
 Beyers Deutsche Modenzeitung Frauenfleiss  
 bei **Richard Arnold**  
 Leipziger Straße und Markt

**Reitsport - Verein**  
 Donnerstag, den 12. v. Mts., abends 8 Uhr im Ratseifer

**Bersammlung**  
 Erscheinen aller Mitglieder erforderlich  
**Der Vorstand**  
**M. - T. - V.**  
 Morgen Donnerstag, den 12. November, abends 8 Uhr bei Turnbruder G. Bachmann  
**Turnratsitzung**  
 Anschließend 7/9 Uhr  
**Bersammlung**  
 Erscheinen aller Turngeheimnisse erwünscht  
**Der Vorstand**

**Schon jetzt daran denken!**  
 Die größte Freude bereiten zum Weihnachtsfest stets **selbstangefertigte hübsche Handarbeiten**  
 Vorgezeichnete und angefangene Handarbeiten jeder Art, sowie sämtliche Handarbeits- und Stickereimaterialien, Handarbeitswollen und -Seiden erhalten Sie zu billigen Preisen und in gutsortierter, Auswahl bei  
**R. Arnold, Kemberg, Markt 3**

**Hotel „Blauer Hecht“**  
 Unwiderrüflich nur 1 Tag! Freitag, den 13. November!  
 Sonder-Filmvorführung des Riesensfilms:  
**Geißel der Menschheit**  
 „Liebe, die tötet“  
 Das Tagesgespräch aller Städte. Das brennendste und wichtigste Problem unserer Zeit. Der unerhörteste und schmerzhafteste Volksaufstand. Großfilm der „Ufa“, aber bestimmt auch das verdienstvollste Filmmittel. Ein Wahnsinn auf das Gewissen der Menschheit. Unter Mitwirkung der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Was muß der Mann vom Weibe und das Weib vom Manne wissen? - Die Bedeutung der weiblichen und männlichen Zeugungsorgane. - Unfruchtbarkeit. - Der Feind im Wochenbett. - Das unverheilte Geschick der Großstadt-Prostitution und deren furchtbare Auswirkungen usw.  
 Man sieht Menschen und ihre Schicksale.  
 In Chemnitz ca. 40000 zählende Besucher. In Gera in 3 Tagen sämtliche 6 Abendvorstellungen ausverkauft. Zehntausende fanden keinen Einlaß. Würde 3 Tage verlängert. In Jena, Weimar, Erfurt ein Riesenerfolg. In Altenburg 1000 Personen jeden Abend. (2000 Karten im Vorverkauf.) Würde verlängert. Fast überall schon eine halbe Stunde vor Beginn vollständige Schließung wegen Überfüllung.  
 Eltern, sorgt für Aufklärung eurer Kinder.  
 Frauen! Männer! Was müßt ihr von der Ehe wissen? Frauen, geht hin, lernt und nehmt eure Männer mit! Mütter, sagt euren Töchtern und Söhnen, daß - dort, wo es um die Gesundheit geht, kein Platz für falsche Scham ist! - Eine wahrhafte Geißel der Menschheit ist neben einer Reihe von geschlechtlichen Geschlechtskrankheiten die Syphilis. Sie ist ein Fluch über das Geschick eines Mannes, wenn sie vererbt sich auf Kind und Kindeskind. Jede falsche Scham rächt sich bitter! Der Film „Geißel der Menschheit“, der durch die Tragik seiner Wahrheit erschüttert und erkennen läßt, wie grauam die „Geißel der Menschheit“ den, der von ihr getroffen wird, gewirkt hat. Zehntausende werden unversehrt leben wollen und niemand darf sich dem wichtigsten und aufklärerischen Anhalt des unversehrten besten Filmmaterials entziehen. - Für keinen ein sexuelles Geheimnis.  
 Gewöhnliche Preise! Erwerbslose gegen Ausweis die Hälfte.  
 Kassenöffnung 7/8 Uhr. Anfang 7/9 Uhr.  
 Mit hochinteressantem Einleitungs-vortrag!  
 Saal angenehm geheizt!



**Künstliche Blumen**  
**Strauß- und Vasenblumen**  
 empfiehlt in reicher Auswahl  
**Rich. Arnold, Kemberg, Markt 3**



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Polen ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Zustellungssicherung Streifen usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezüge unendlich geschilderter oder durch Fernpresse aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M., das Anzeigen, bezüglich Postgebühren Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 134

Donnerstag, den 12. November 1931

33. Jahrg.

**Die Verunreinigung der Straßen durch Gassäckenbesucher während der Abend- und Nachstunden wird hiermit verboten. Uebertretungen werden künftig strengstens bestraft werden.**

Kemberg, den 11. November 1931  
145/ Der Bürgermeister als Polizeibehörde.

## 800000 Deutsche verdrängt.

Von  
F. W. von Dergen.

Ein ausgezeichneter Kenner der östlichen Verhältnisse, F. W. von Dergen, hat in München bei Georg Müller ein Buch erscheinen lassen: „Das ist Polen!“ Diese Darstellung schildert die Entmischung der Bevölkerung in Polen seit der Neugründung des Staates und enthält die Beweise für schwere Kämpfe gegen Polen, von denen die schwerste der polnische Kampf gegen das Deutschtum ist.

Die Schriftleitung.

Der harmlose und auf die Fortschritt seiner Zeit stolze Europäer des zwanzigsten Jahrhunderts pflegt Dinge wie die Ausrottung der Bevölkerung ganzer Landstriche als Folgen eines Krieges um einige hundert oder tausend Jahre zurückzuwerfen. So etwas hat es gewiß einmal gegeben. In der Zeit der Völkerveränderung waren derartige Maßnahmen eines gigantischer Völkerveränderungsstadiums der Abschlus des türkisch-griechischen Krieges von 1921 bis 1922. Aber diese beiden Tatsachen sind irgendwie dem Gefühl des Europäers entzweit. Es spielt da etwas von der Vorstellung Äthiens hinein, und der Mensch des Westens kann zu diesen historischen Ereignissen kein richtiges inneres Verhältnis finden.

Aber der Europäer sollte nicht vergessen, daß es keineswegs notwendig ist, die nach Allen zu gehen im Vorgänge zu hindern, die im Erfolg, wenn auch vielleicht nicht in der Methode, dem entsprechen, was er als Eigenart der Völkerveränderung anzukenen geneigt ist. Man weiß selbst in Deutschland viel zu wenig von der Tatsache, daß in den nach dem Kriege an das neu errichtete Polen abgetretenen Teilen der preussischen Provinzen Polen und Westpreußen rund 1 200 000 Deutsche lebten, und daß nach zehn Jahren polnische Herrschaft die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten auf etwa 350 000 zurückgegangen ist. Nicht weniger als 500 000 Hektar privaten deutschen Grundbesitzes sind in dieser Zeit in polnische Hände übergegangen, und die Polen können sich heute rühmen, daß die Stadt Rostock den allergrößten Prozentsatz aller polnischen Siedler an rein polnische Bevölkerung hat.

In seiner 250. Jubiläumssitzung am 27. Mai 1927 stellte das Liquidationskommissariat fest, daß im Laufe von drei Jahren 4000 ländliche Besitzungen und 2000 städtische und gewerbliche Grundstücke liquidiert worden waren. Der Umfang des auf diese Weise der deutschen Minderheit fortgenommenen Grund und Bodens betrug etwa 200 000 Hektar.

Neben der Liquidierung von angeblich oder tatsächlich reichsdeutschem Grundbesitz spielte die Annulierung von bäuerlichen Siedlungen im Programm der polnischen Verdrängungspolitik eine sehr beträchtliche Rolle. Bei diesen Annulierungen handelte es sich um die Inhaber von bäuerlichen Siedlerstellen, die ihre Besitzungen auf Grund der preussischen Siedlungsangelegenheiten vor dem Kriege erworben hatten. Der polnische Staat, der sich als Rechtsnachfolger Preußens fühlte, nahm für sich das Recht in Anspruch, ohne Innehaltung von Fristen und ohne jede Entschädigung alle diejenigen Siedler von ihren Höfen zu verjagen, die infolge des Krieges für ihre Besitzungen noch nicht die gerichtliche Auflassung erhalten hatten. Da während des Krieges in der Verwaltung der preussischen Grundbesitzer durch den Ausfall von Personal teilweise erhebliche Siedlungen eingestellen waren, hatten annähernd 4000 Bauernsiedler bei der Übernahme des Gebietes durch Polen die gerichtliche Auflassung noch nicht erhalten. In all diesen Fällen erkannten die Polen die Rechtmäßigkeit des Besitzes nicht an, und die Bauern wurden oft unter Anwendung roher Gewalt kurzerhand auf die Straße gesetzt. Ingesamt wurden auf diese Weise 3064 deutsche Siedler, deren Besitzungen zusammen etwa 600 000 Hektar Ackerland betragen, von ihrem Besitz verdrängt.

Sobald einer der alten Siedler starb, durften seine Erben den Hof nicht übernehmen. Er verfiel sofort dem polnischen Staat. Daß ein freihändiger Verkauf nur an Polen möglich war, war selbstverständlich. Zahlreiche Schweden bei den internationalen Gerichten die Klagen gegen diese polnische Annahme des Wiederkaufrechts, die juristisch nicht zu halten war. Während dieser ganzen Zeit aber wurde in vielen Hunderten von Fällen trocken von

dem Wiederkaufrecht Gebrauch gemacht. Seit der Abschluß des deutsch-polnische Liquidationsabkommens im Jahre 1929 nahm von etwa 9000 deutschen Siedlerfamilien mit insgesamt rund 60 000 Köpfen den fortwährenden Wiederaufbau, den das Wiederkaufrecht in seiner widerrechtlichen Anwendung durch die polnischen Behörden darstellte.

Die Jahre der polnischen Herrschaft, in denen es gelungen ist, weit über 800 000 Deutsche allein aus zwei Wohnoblasten zu verdrängen, sind an den Zurückgebliebenen nicht spurlos vorübergegangen. Diese Menschen, die all das ausgehalten haben, die jeden Tag von neuem den Kampf um ihre Existenz, den Kampf um ihr Deutschtum zu führen haben, sind hier geworden. Wenn einer von ihnen heute auf ein paar Tage oder Wochen ins Reich herüberkommt, dann kann man es verstehen, daß er der inneren Zerrissenheit in Deutschland verständnislos gegenübersteht. Die da draußen haben gelernt, daß dem Vernichtungswillen, die da draußen bedroht, nur dann einigermaßen Widerstand geleistet werden kann, wenn alles Fremde zurückgelassen wird und man eben, der die deutsche Sprache spricht, dem anderen hilft, wo immer er nur helfen kann. Da wird nicht viel geredet. Da gibt es keine Parteibader. Da handelt man deutsch, weil man Deutscher ist und weil es darum geht, das Deutschtum zu erhalten, das Deutschtum, das dieses Land in jahrhundertelanger Arbeit auf eine Kulturlandschaft gebracht hat, die heute nirgendwo im ganzen neuen polnischen Reiches auch nur annähernd erreicht ist.

## Die Offshiemmaßnahmen.

Wirtschaftsbelebung und Produktionsförderung.

Berlin, 11. November.

Der Reichsminister des Innern hat in den Offshiemgebiete Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung sowie zur Senkung der Gestehungskosten durch Frachterleichterung in den an der Weichselufergrenze grenzenden Gebieten und durch steuerliche Entlastungen durchzuführen. Die Mittel für diese Zwecke sind im Haushalt des Reiches sichergestellt. Die Arbeiten werden neben den Entschuldigungs- und Stützungsmaßnahmen für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe geleistet, die der Reichskommissar für die Offshiem betreut.

Es wurden zur Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft, insbesondere der Gewerbe, im Rechnungsjahr 1931 10 Millionen zur Verfügung gestellt.

Aus diesen Mitteln wurde der Bau von Gemeindegewerken, Kanalisationen, Wasserleitungen, Krankenhäusern, Wohlfahrtsanstalten, Restaurationen, Wasserregulierungen usw. befristet. Der Betrag ist bis auf einen geringen Rest den Provinzen zugeführt worden und hat zur Milderung der Wirtschaftskrisis beitragen können. Aus einem weiteren Fonds des Reichsministeriums des Innern sind

### Klein- und Kleinstwohnungen

in den durch das Wohnungselend besonders hart betroffenen Ostschiffen des Ostens erbaut worden, so in Ostpreußen 516, in Oberhessen 312, in Niederhessen 863, in Brandenburg 86, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 120 Wohnungen.

### Eine Produktionsförderung

erfolgte weiter durch Frachterleichterung für die durch die Schaffung des Weichselufers in eine unrentable Wirtschaftstätigkeit getretene ostpreussische Grenzmarken und



Diese dürfen den Höchstbetrag von 2500 RM je Stelle in keinem Falle überschreiten. Sie sind dinglich sicherzustellen und mit fünf Prozent zu verzinsen und ein Prozent zu tilgen. Bis die ersten drei Jahre wird der Zinsfuß allgemein auf drei Prozent ermäßigt. Die Verjährung des Reichsdarlehens beginnt mit dem Anfang des ersten Ernte folgenden Kalenderjahres, jedoch nicht vor Fertigstellung des Gebäudes, die Tilgung nach Ablauf der ersten drei Jahre.

Träger des Siedlungsvorhabens sind die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände. Die Auswahl geeigneter Erwerbslosler ist von diesen in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen vorzunehmen.

## Die Siedlungs-Richtlinien.

Berlin, 10. November.

Wie zu den Richtlinien für die vorläufige Klein-Siedlung noch mitgeteilt wird, soll die Durchführung des Projekts in die Hände der Gemeinden und Gemeindeverbände gelegt werden. Aus Sparfachungsgründen sollen in erster Linie schon im öffentlichen Besitz befindliche Grundstücke betriebl werden, die so liegen, daß die Siedler später wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen können.

Die einzelnen Stellen sollen etwa 600 bis 5000 Quadratmeter groß sein und im Wege der Erbpacht, des Erbaurechts oder als Eigentum ähnlich wie Rentengüter vergeben werden.

Die vorbereitenden Arbeiten und der Aufbau der Siedlungen sollen durch Erwerbslose vorgenommen werden, und zwar durch Gruppen von Arbeitsdienstfreiwilligen. Die Gesamtkosten sollen abgesehen vom Grundstückswert nicht über 3000 Mark für jede Stelle hinausgehen. Die Darlehen des Reiches werden höchstens je 2500 Mark betragen und von dem Jahre nach der ersten Ernte an mit höchstens zwei Prozent verzinst und mit ein Prozent rückzahlbar sein. In Ausnahmefällen will das Reich für den Grundstücks-erwerb und für die Einrichtungskosten auch Beiträge übernehmen.

Zunächst stehen etwa 50 Millionen Mark für die vorläufige Klein-Siedlung an Reichsgeldern zur Verfügung.

## Vortrag Schlanges beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den neu-ernannten Reichskommissar für die Offshiem, Reichsminister Schlanges-Schöningen, zur Begrüßung. Hieran schloß sich ein Vortrag des neuen Reichskommissars über die Neu-organisation der Offshiem und die nunmehr in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

## Der Stand der Arbeitslosigkeit.

4 622 000 Erwerbslose im ganzen Reichsgebiet. Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben nach dem Bericht der Reichsanstalt für den 31. Oktober eine Arbeitslosenzahl von rund 4 622 000. Seit dem Stande vom 15. Oktober, der sich auf rund 4 484 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten, die in wesentlichen den Niederstufen der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt beruht.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht. In der Kräfteförge um rund 58 000 auf rund 1 350 000. — Für Ende September liegt jetzt auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen mit rund 1 208 000 vor.

## Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für Gemeindearbeiter.

Im Lohnstreit der Gemeindearbeiter ist der Schiedspruch vom 1. November 1931 von Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

## Konflikt um den Rundfunk.

Von dem Reichsinnenministerium ist die Initiative zu einer Änderung in der Organisation der Rundfunküber-wachung ausgegangen. Anlaß dazu bot ein Vortrag des Reichsbannerführers Füllmann, der einen Vortrag über das Thema „Arbeiterkraft und Staat“ gehalten hat. Dieser Vortrag ist im Berliner Ueberwachungs-ausschuss von den preussischen Vertretern genehmigt, dahingegen von dem Reichsvertreter abgelehnt worden. Dieser wandte sich darauf an Reichswehrminister Greener, der sofort an den preussischen Ministerpräsidenten bzw. an dessen Stellvertreter, Staatssekretär Weismann, ein Schreiben leitete, in dem es heißt, er sei nach Einschätzung des Ministerpräsidenten der Ansicht gekommen, daß der Vortrag parteipolitischen Charakter trage und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen sei. Bei der politischen Beurteilung der Angelegenheit habe er es für geboten, daß die beiden preussischen Vertreter im Ueberwachungs-ausschuss sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen. Dieser Brief wurde bei Staatssekretär Weismann erst um 19 Uhr abgegeben, also zu einer Zeit, als der Vortrag bereits stattgefunden hatte.